A15 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Denken wir an unsere Zukunft, wünschen wir uns vor allem Gesundheit und Sicherheit. Gesund zu bleiben, selbstbestimmt, aktiv bis ins hohe Alter, einen Platz zu haben, nützlich zu sein. Nicht immer gehen diese Wünsche in Erfüllung. Dann ist es wichtig, zu wissen, dass wir nicht allein sind. Dass sich jemand kümmert und für uns gesorgt ist. Das ist der Zusammenhalt, aus dem unser soziales Netz gewebt ist. Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel. Wir wollen, dass sich alle Menschen auf diese Sicherheit verlassen können, heute und in Zukunft. Diese Sicherungssysteme müssen aber in den nächsten Jahren auch ein paar Herausforderungen bewältigen. Die Thüringer*innen werden erfreulicherweise älter, damit steigt aber auch der Bedarf an Fürsorge und sozialer Sicherung. Und Thüringen verändert sich. Einige Städte wachsen, während andere Regionen Einwohner*innen verlieren. Egal ob Erfurt oder Wiehe, ob Bad Salzungen oder Altenburg, Menschen sollen die erforderlichen Hilfen dort erhalten, wo sie leben. Sozialpolitik ist für uns BÜNDNISGRÜNE mehr als die Absicherung für den Notfall. Sie ist das Versprechen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten und dafür zu sorgen, dass es dabei gerecht zugeht. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Sozialpolitik ist für uns ein Querschnittsthema, bei dem alle Lebensphasen der Menschen in den Blick genommen werden. Gute Sozialpolitik unterbreitet im Sinne der Sozialplanung für diese Lebensphasen vorausschauend Angebote, entwickelt gemeinsam mit den Bürger*innen, mit den Kommunen und mit den Trägern gesellschaftlichen Lebens, den Sozialverbänden, Vereinen, Interessensgruppen und der Wirtschaft. Angebote zur Hilfe und Unterstützung müssen aus der Zivilgesellschaft heraus wachsen. Der Staat soll die Verantwortung für soziale Leistungen tragen aber nicht Träger der Aufgaben sein. Hier folgen wir ganz klar dem bereits im SGB VIII verankerten Subsidiaritätsprinzip, dass den Vorrang des „kleinen Systems“ vor das „größere System“ stellt. Damit wird Pluralität in der Aufgabenwahrnehmung überhaupt erst möglich und Demokratie erlebbar. Menschen werden angeregt, ihre Geschicke vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Dazu passt auch unser Verständnis von sozialraumorientierter Politik. Umso wichtiger ist es für uns, dass Sozialpolitik endlich sozialraumorientiert wird. Die Menschen vor Ort in den Quartieren wissen meist am besten, wie und wo zu helfen ist. Soziale Sicherungssysteme greifen meist erst, wenn ein Mensch am Boden liegt. Wir wollen den Menschen die Hand geben, damit sie gar nicht erst fallen. Aufsuchende Hilfen mit Fachkompetenz aus dem Quartier kann Menschen bei kleinen Problemen helfen, bevor diese zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Wenn die Oma von nebenan dem Sohn bei den Hausaufgaben hilft, anstatt allein vor dem Fernseher zu sitzen, steigen seine Bildungschancen und ihre Lebensqualität. Sozialraumorientierte Politik hilft den Menschen, wieder näher zusammenzurücken und gleichzeitig andere Hilfesysteme zu entlasten. Zur Unterstützung wollen wir einen Landessozialbericht als Planungsinstrument erstellen. Projekte zur Verbesserung der sozialen Sicherheit, die sich bewährt haben, sollen eine sichere finanzielle Basis und damit Planungssicherheit erhalten. Die Beschäftigten in diesen sozialen Bereichen wollen wir angemessen entlohnen und Supervision für sie zum Standard erheben.

Sozialer Zusammenhalt

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik das soziale Zusammenleben stärken, indem wir Orte der Begegnung und des Austauschs, zum Beispiel Begegnungsstätten, Stadtteilbüros und Bürger*innenzentren, fördern. Die Kommunen wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Die kommunalen Projekte zur Gemeinwesenarbeit werden wir unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen bieten diese Anker für soziales und gemeinschaftliches Engagement sowie für das Miteinander von Jung und Alt. Sie sind Ausgangspunkte verschiedenster sozialer Angebote. Viele dieser Projekte und Angebote gedeihen durch ehrenamtliches Engagement und sind ohne die vielen Freiwilligen undenkbar. Das Ehrenamt werden wir weiter stärken. Dazu werden wir Unterstützungsprogramme schaffen und die behördlichen Strukturen des ehrenamtlichen Engagements vereinfachen. Beispielsweise könnten Menschen mit geringem Einkommen mit Fahrtkostenzuschüssen oder Aufwandsentschädigungen besser entlastet werden.

Gesundheitspolitik

Gesundheit ist ein hohes Gut, bei dem die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Alle sollen sich darauf verlassen können, dass es im Notfall egal ist, ob sie auf dem Dorf oder in der Stadt leben, ob sie gesetzlich oder privat versichert sind, ob sie jung oder alt sind. Mit Fürsorge und Vorsorge Krankheiten zu vermeiden ist besser, als sie zu behandeln. Die rot-rot-grüne Landesregierung hatte es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Strukturen für eine stabile und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen zu stärken. Die Krankenhausförderung wurde entsprechend des Krankenhausplans fortgeführt und angepasst. Wir haben eine Facharztquote in Krankenhäusern eingeführt und sind erste Schritte hin zu einer sektorenübergreifenden Versorgung, also einer stärkeren Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung, gegangen. Wir brauchen in Thüringen auch aufgrund des demografischen Wandels einen Strukturwandel in der Krankenhausförderung. Diese muss unter Beachtung der flächendeckenden Krankenhausversorgung, der Regionalstruktur, des Versorgungsauftrags eine bedarfsgerechte Finanzierung der Thüringer Krankenhäuser gewährleisten. Um auch die Strukturen für eine gute Pflege für die Zukunft zu sichern, haben wir begonnen, den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren und fortzuschreiben. Diese eingeschlagenen Wege werden wir weitergehen.

Patient*innen wollen im Notfall vor allem sicher sein, dass sie die bestmögliche Behandlung erhalten – und nicht erst die Frage klären müssen, ob sie mit ihrem Problem zum ambulanten Arzt oder besser ins Krankenhaus müssen. Wir wollen zudem diese harten Grenzen zwischen den Strukturen weiter auflösen, die für die Patient*innen ohnehin nur schwer zu durchschauen sind. Deshalb wollen wir die neu eingeführten Portalpraxen weiterentwickeln und ausbauen. Ambulante und stationäre Versorgung müssen flächendeckend gesichert sein. Dafür werden wir den Auf- und Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren, also vieler verschiedener medizinischer und therapeutischer Angebote unter einem Dach, vor allem auf dem Land, weiter fördern. Alternativen wie Medizinische Versorgungszentren, sektorenübergreifende Modelle oder genossenschaftlich organisierte Arztpraxen gibt es bisher in Thüringen kaum. Diese Modelle sind aber bei der Entwicklung übergreifender Strukturen im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung in allen Thüringer Regionen von immenser Bedeutung und wir müssen dafür weitere und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Die konkrete Planung des Ärztebedarfs soll sich zukünftig stärker am konkreten Bedarf vor Ort

orientieren, Kommunen wollen wir dabei bessere Mitsprachemöglichkeiten einräumen. Die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung ist für Thüringen ein wichtiger Baustein, den wir weiter unterstützen werden. Auch bei der Krankenhausplanung wollen wir stärker die unterschiedlichen Gegebenheiten und die demografische Entwicklung in verschieden Regionen des Landes berücksichtigen. Wir werden gezielt Forschungsprojekte zur Verbesserung der Krankenhaushygiene und gegen multiresistente Keime auf den Weg bringen. Wir machen uns für den Forschungsstandort Thüringen stark und wollen eine qualitätsgesicherte Forschung fördern, die eine den individuellen Bedürfnissen angepasste Arzneimittelanwendung zum Ziel hat. Die Interessen der Patient*innen und die wirtschaftliche Versorgung sollen im Mittelpunkt stehen. In Thüringen werden wir auch für die Reha-Kliniken eine strukturierte Bedarfsplanung einführen, um wohnortnahe und der demografischen Entwicklung angepasste Angebote zu erhalten bzw. zu entwickeln und so die Entwicklung wichtiger gesundheitspolitischer Versorgungsstrukturen nicht dem Zufall zu überlassen. Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich, werden wir ausbauen.

Vorbeugen ist besser als Versorgen und Heilen. Deshalb werden wir Präventionsangebote und die Gesundheitsförderung, die unter anderem durch die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (AGETHUR) umgesetzt wird, stärken sowie bestehende Angebote bewerten und weiterentwickeln. Die AGETHUR selbst werden wir nach den aktuellen Bedarfen der Thüringer Gesundheitslandschaft umgestalten. Der Zugang zu Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln ist für ein Leben in Würde und Gesundheit elementar und muss allen Menschen möglich sein. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer machen wir uns deshalb dafür stark, dass in allen Thüringer Kommunen Menschen mit geringem Einkommen der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln ermöglicht wird. Außerdem wollen wir uns über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass auf diese Produkte endlich der verminderte Mehrwertsteuersatz gilt.

Ein wichtiger Teil von Prävention ist gesunde Ernährung, von Anfang an. In Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, von der Kita-Versorgung über die Mensen des Studierendenwerks bis zu den Kantinen für die Senior*innenverpflegung, soll gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards angeboten werden. Produkte aus regionaler, ökologischer Erzeugung sind dabei ein elementarer Baustein. Für die Kleinen wollen wir ein dauerhaftes Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgung an den Schulen etablieren. Die Komponenten des EU- Schulprogramms, Gemüse/Obst und Milch, werden wir in einer Ressortzuständigkeit zusammenführen und uns dafür stark machen, dass gezielt regionale, möglichst Bioprodukte gefördert werden. Wir werden ein Kompetenzzentrum Gemeinschaftsernährung ins Leben rufen, gemeinsam mit den Gesundheitspartner*innen Informationskampagnen zur gesunden Ernährung anregen und ein Förderprogramm für öffentliche Trinkbrunnen und Küchen vor Ort für Kitas und Schulen auflegen. Wir sprechen uns zudem für ein Verbot von an Kinder und Jugendliche gerichteter Lockwerbung für ungesunde Lebensmittel aus.

Werdende Mütter wünschen sich eine persönliche Begleitung durch die Schwangerschaft, bei der Geburt und am Wochenbett bei sich zu Hause. Die Arbeit von Hebammen und Entbindungspflegern ist dafür essenziell, wir werden sie weiter stärken. Wir wollen den „Runden Tisch Familie und Geburt“, der erstmalig in Thüringen eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurde,

fortsetzen und die Landesgelder für die Förderung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Hebammen verstetigen. Das schließt die gezielte und institutionelle Förderung von Geburtshäusern ein. Dafür werden wir eine spezielle Richtlinie entwickeln. In den Fokus werden wir außerdem die Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in den Kliniken nehmen. Diese müssen sich nachhaltig verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass in Thüringen das Thema „gewaltfreie Geburtshilfe“ und Wahlfreiheit des Geburtsortes einen höheren Stellenwert gewinnt. Wir setzen uns für einen regelmäßigen und öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsbericht ein. Weiterhin sorgen wir für die Umsetzung der beschlossenen Akademisierung des Hebammenberufes, um nicht nur dem fachlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Status, entsprechend der Verantwortung der Hebammen, gerecht zu werden. Der nachträgliche Titelerwerb (Bachelor) für die Bestandshebammen soll unterstützt werden, um keine Zwei-Klassen-Hebammen-Versorgung und -Entlohnung herbeizuführen.

Digitalisierung eröffnet in der Medizin große Chancen – angefangen bei der smarten Uhr, die Blutdruck und Herzschlag überwacht, über die schnelle Übertragung von Röntgenaufnahmen oder Sprechstunden via Videoanruf bis hin zu unterstützenden Robotern im Operationssaal. Vieles ist möglich, manches bereits Realität. Wir wollen diese Möglichkeiten nutzen, dabei aber den Mehrwert für die Patient*innen genau im Blick haben. Denn nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Zusammen mit der Ärzt*innenschaft, den ärztlichen Vereinigungen, Krankenhäusern und Krankenkassen wollen wir eine Landesstrategie Medizin 4.0 entwickeln.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Versorgung mit Medikamenten durch Apotheken auch in kleinen Orten oder auf dem Land ebenso gesichert ist wie die medizinische Versorgung. Das geht mit sektorenübergreifenden Konzepten und neuen Formen von ambulanter und stationärer Versorgung, die wir auf- und ausbauen werden. Besonders für strukturschwache Regionen muss eine Bedarfsplanung stattfinden, um Versorgungsalternativen für den gesundheitlichen und medizinischen Bedarf der Menschen zu entwickeln.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, den Jugendschutz stärkt und wirksame Maßnahmen bietet, die Schäden durch Drogenkonsum zu reduzieren. Aus unserer Sicht ist Drogenabhängigkeit meist nicht das Problem selbst, sondern ein Symptom tiefergehender Probleme des Individuums. Aus der Position heraus sind wir der Meinung, dass Verbote generell nicht zielführend sind, und setzen uns stattdessen für Suchtprävention und umfangreiche Hilfs- und Therapieangebote ein. Wir setzen auf Prävention und Hilfe. Dafür braucht es flächendeckende Möglichkeiten, die über Risiken des Konsums aufklären, den Kinder- und Jugendschutz zuverlässig stärken und Drogenkonsument*innen nicht unter Generalverdacht stellen. Fürsorge und Prävention müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir stehen für einen umfassenden Jugend- und Verbraucher*innenschutz und werden Kriminalisierung und Repression nicht zulassen. Die bestehenden Präventions-, Beratungs- und Hilfsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention werden wir evaluieren und anpassen. Wir werden Modellprojekte für das sogenannte Drug-Checking ermöglichen und die zielgruppenspezifischen und niederschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme und Substanzanalysen, entgegentreten. Wir setzen uns insbesondere für die Legalisierung von Cannabis und einen

kontrollierten staatlichen Verkauf unter Beachtung des Kinder- und Jugendschutzgesetzes ein, um die Qualität sicherzustellen. Dahingehend wollen wir auch entsprechende Bildungsangebote zu den Risiken des Konsums ans Schulen schaffen, ähnlich zu denen für Alkohol und Tabak. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak, Alkohol und Glücksspiel hingewiesen werden. Werbung für Suchtmittel lehnen wir ab. Zur besseren Therapiemöglichkeit unter anderem bei Abhängigkeit von Crystal Meth werden wir Forschungsprojekte initiieren. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir einen Masterplan Sucht- und Drogenprävention in Thüringen entwickeln und besonders Gesetzeslücken schließen und Schnittstellen in der Therapie in Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern.

Die inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben und teilhaben, ist unser Leitbild. Jeder Mensch soll sagen können: Ich gehöre dazu! Der Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welcher unter breiter Mitwirkung der Betroffenen entwickelt wurde, ist eine gute Basis. An der Realisierung dieser Maßnahmen und der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden wir weiter arbeiten. Wir streiten für ein modernes, zukunftsweisendes Inklusionsgesetz. Barrierefreiheit muss ein Gebot für politisches und Verwaltungshandeln in allen Bereichen werden. Dafür wollen wir für einen besseren Zugang zu Gebärdensprache und anderen Kommunikationsformen sorgen und als Land möglichst barrierefreie Informationen im Netz bereitstellen. Gezielte Programme wie das „Budget für Arbeit zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt“ sind ein erprobter Ansatz, um zukünftig auch weitere Unternehmen von einer inklusiven Personalpolitik zu überzeugen. Die Förderung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben unterstützen wir. Wir wollen gezielt Programme und Dienste für ältere Menschen mit Behinderungen entwickeln, um auf künftige demografische Veränderungen besser reagieren zu können. Für Eltern von Kindern mit Behinderungen wollen wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen.

Selbstbestimmt bis ins hohe Alter

Aktiv, gesund und selbstbestimmt bis ins hohe Alter – so stellen sich die meisten Menschen ihren Lebensabend vor. Und für viele stimmt das. Die Generation der heute 75-Jährigen ist fitter, gesünder und hat eine höhere Lebenserwartung als noch vor 20 Jahren. Alter ist vielfältiger und bunter geworden. Der Opa, der die Nachmittagsbetreuung mit seinen Patchwork-Enkel*innen auf dem Spielplatz übernimmt, die ehemalige Verkäuferin, die nochmal einen Sprachkurs an der Volkshochschule belegt, das Ehepaar, das mit dem Wohnmobil in Europa unterwegs ist. Für viele von ihnen liegt im Ruhestand ein neuer Anfang. Wir BÜNDNISGRÜNE werden gutes Leben im Alter zu einem Leitprinzip für alle politischen Aufgabengebiete erheben. Der Landesseniorenrat ist dabei für uns ein wichtiger Ansprechpartner, den wir aktiv an der Entwicklung der Politik beteiligen wollen.

Die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenbeiräte in den Kommunen unterstützen wir, weil diese einen wertvollen Beitrag für ein gutes Miteinander der Generationen und Kulturen in unserer Gesellschaft leisten. Wir brauchen viele Mitwirkungsmöglichkeiten, um unsere Demokratie zu stärken.

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil von Selbstbestimmung im Alter, gerade wenn das Laufen schwierig wird oder es mit dem Autofahren nicht mehr so gut

klappt. Der Bus, der nur alle paar Stunden fährt und nicht für den E-Scooter ausgelegt ist, Barrieren für Rollator und Rollstuhl, hohe Bordsteine, zu hohe Fahrpreise – all das kann Mobilität schnell einschränken. Wir wollen Barrieren im öffentlichen Raum konsequent abbauen und mit den Kommunen zusammenarbeiten, um unsere Städte und Gemeinden fit fürs Alter zu machen. Im öffentlichen Nahverkehr müssen die guten Angebote des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT) für diese Generation bekannter gemacht werden. Der Ticketkauf muss unkompliziert möglich sein und das öffentliche Nahverkehrsangebot thüringenweit verbessert werden.

Aber Barrieren gibt es nicht nur auf der Straße. Bei eingeschränkter Mobilität ist auch die eigene Wohnung sehr schnell voller Barrieren. Der Bedarf an altersgerechten Wohnungen ist riesig. Altersgerechtes, barrierefreies Wohnen soll deshalb stärker ins Zentrum des öffentlich geförderten Wohnungsbaus rücken, altersgerechtes Umbauen wollen wir stärker unterstützen. Mit zunehmendem Alter leben Menschen häufiger allein und sozialer Kontakt und Austausch stellen sich nicht mehr von alleine her. Wir wollen Angebote vorantreiben, die nachbarschaftliches Miteinander statt fortschreitender sozialer Isolation fördern. Sozialräumliches Quartiersmanagement wollen wir auch im ländlichen Raum etablieren und dafür das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ weiterentwickeln.

Nicht alle Menschen können ihren Lebensabend bis zum Schluss aktiv und selbständig gestalten, sie sind schließlich doch auf Pflege angewiesen. Um die Strukturen für eine gute Pflege für die Zukunft zu sichern, haben wir begonnen, den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren und fortzuschreiben, den wir auch für eine bessere Personalgewinnung stärken wollen. Aber den größten Anteil der Pflege- und Sorgearbeit leisten Angehörige. Sie brauchen mehr Unterstützung und Entlastung. Flächendeckende, unbürokratische Beratungsangebote und Pflegestützpunkte im Land wollen wir ausbauen und fördern. In der stationären Pflege versorgen zu wenige Pflegepersonen zu viele Pflegebedürftige. Dabei bedeutet professionelle Pflege nicht nur Versorgung, sondern auch persönliche Zuwendung, sozialen Kontakt, persönliche Worte. Wir werden die vom Bund verabschiedeten Gesetze zur Verbesserung der Pflege konsequent umsetzen. Wir setzen uns zudem für die Einführung eines verbindlichen Personalschlüssels in der Alten- und Krankenpflege ein und wollen endlich einen Branchentarifvertrag für die Pflege auf den Weg bringen. Für eine bessere Personalgewinnung stärken wir den Pflegepakt Thüringen und nutzen dieses Gremium besser als bisher.

Die Einführung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes wollen wir auf Landesebene kompetent begleiten. Auch in Thüringen sprechen sich viele Pflegefachkräfte für die Gründung einer Pflegekammer aus. Diese Einrichtung lebt vom Engagement und von der Akzeptanz ihrer Mitglieder. Deshalb sollen auch die Pflegefachkräfte in Thüringen demokratisch entscheiden, ob diese Kammer eingerichtet und wie sie genau ausgestaltet werden soll. Wir werden diese Entscheidung der Pflegekräfte respektieren und bei Bedarf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Pflegekammer schaffen.

Schon heute übersteigen die Kosten für Pflege und Unterbringung in einem Pflegeheim die Leistungen der Pflegekasse um ein Vielfaches. Für darüber hinausgehende Kosten müssen die Pflegebedürftigen oder deren Angehörige selbst aufkommen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann die Einführung eines Thüringer Pflegewohngeldes sein. Pflegewohngeld ist ein bewohnerorientierter Zuschuss zur

Finanzierung von betriebsnotwendigen Aufwendungen in den Pflegeeinrichtungen und die Zahlung eines solchen Zuschusses als freiwillige Leistung stünde Thüringen gut zu Gesicht.